

Aachen, den 8. Juni 1967

Prof. Erich KÜHN

Rede des Rektors vor der Studentenschaft
anläßlich des Todes von Benno Ohnesorg

Der Anlaß, der uns hier zusammengeführt hat, ist der schwerste und der traurigste, den es an einer Hochschule geben kann.

Was in der Turbulenz der Ereignisse bisher vielleicht noch nicht mit letzter Deutlichkeit gesehen wurde:

Dieses Berliner Ereignis zwingt dazu, gemeinsam darüber nachzudenken, darüber zu sprechen, wie es geschehen konnte und wie Wiederholungen oder auch nur annähernd ähnlich schwerwiegende Ereignisse vermieden werden können.

Sie haben heute vormittag mit Recht protestiert und wollen heute abend - soweit das schon möglich ist - Folgerungen aus dem harten Geschehen ziehen.

Der Tod eines Menschen, der Tod eines jungen Menschen vor allem, der nicht durch unausweichliches Geschehen verursachte Tod eines jungen Menschen ist etwas so Ungeheuerliches, daß wir mit aller Schärfe, mit dem Bemühen um möglichst restlose Klarheit und soweit das unter dem frischen Eindruck des Geschehens möglich ist, nüchtern und sachlich die Vorgänge überprüfen sollten.

Mir liegt daran, Ihnen meine Meinung zu sagen, die selbstverständlich auch unter dem Eindruck der Ereignisse steht und daher in manchem nicht ausgereift sein kann.

Lassen Sie mich mit dem Vorgang beginnen und zunächst über meine Stellungnahme zu den beiden Kontrahenten bei der Demonstration einiges sagen und dann versuchen, einige allgemeine Schlüsse zu ziehen:

Zu dem eigentlichen Anlaß möchte ich mich nicht äußern, da die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind.

Immerhin sind wir wohl berechtigt, festzustellen, daß der Erschossene in keiner Weise ein Rädelsführer war, daß er auch den radikalen Gruppen nicht angehörte. Nach einer Aussage des evangelischen Bischofs Schaff gehörte er zur evangelischen Studentengemeinde und war dort nicht als radikal bekannt. Nach den letzten Äußerungen des Senators Schütz steht auch fest, daß es sich nicht ^{um} unmittelbare Notwehr des Polizeibeamten gehandelt hat. Ungeklärt scheint mir bisher die unmittelbare Ursache für die Ausschreitungen.

Fest steht auch, daß die amtlichen Äußerungen zunächst den Tatsachen nicht entsprachen. Fest steht trotz eines ausführlichen Augenzeugenberichts in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung noch nicht, ob es sich um eine geplante und bewußt organisierte Schlägeraktion der Berliner Polizei handelt. Wenn das der Fall sein sollte, wäre es allerdings ungeheuerlich.

Feststeht aber wohl, daß Wehrlose, daß Flüchtende sinnlos geprügelt wurden. Fest steht aber auch, daß einige wenige kleine Gruppen von Studenten bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt durch Aktionen der verschiedensten Art dazu beigetragen haben, die Spannung ständig zu erhöhen.

Ich meine aber, wir sollten uns heute abend nicht so sehr über die Ereignisse selbst ereifern, sondern vielleicht noch einmal darüber sprechen, wenn die Untersuchungsergebnisse vorliegen. Wir sollten uns vielmehr Gedanken darüber machen, wie es dazu kommen konnte und was geschehen müßte, um zu verhindern, daß nochmals ein Kommilitone erschossen wird oder auch ein Polizist die Folgen in ähnlicher δ Konsequenz tragen muß.

Zunächst:

Knüppel und Pistolen sollten kein Instrumentarium der Demokratie sein. Ihre Benutzung sollte beschränkt werden auf äußerste Notfälle, und dann auch nur, wenn alle anderen Möglichkeiten vorher versucht werden. Sie sollten beschränkt

sein auf den Schutz der Bevölkerung gegen Verbrechen; in dem gleichen Sinne, in dem ich seit Jahren fordere, daß Verkehrssünder nicht wie Verbrecher und zusammen mit Verbrechenern bestraft werden sollten.

Dass es für die Polizei möglich ist, zum mindesten ohne Pistolen, auszukommen, zeigt das Beispiel Englands.

Nach dem Kriege hatten die Engländer auch in den von ihnen verwalteten Gebieten der Polizei das ständige Tragen von Schußwaffen nicht erlaubt, während in der amerikanischen Zone die Polizei ihre schweren Colts deutlich sichtbar trug.

Ich muß gestehen, daß es mich immer geärgert hat und ein wenig reizte, wenn ich aus der entschärften Sphäre Nordrhein-Westfalens in die amerikanische Zone kam. Normalerweise hat es die Polizei ja doch nicht mit ^{nur} Verbrechern, sondern mit normalen Staatsbürgern zu tun.

Selbstverständlich geht so etwas nur unter anderen Voraussetzungen. Z.B. durch schwere Strafen für Verbrecher, die die Polizei angreifen.

In wirklichen Gefahrensituationen erhält auch die englische Polizei Schußwaffen - aber sehr selten.

Es ist auch meiner Meinung nach kaum zu übersehen, daß die Polizei aus Gründen, denen man nachforschen müßte, offenbar ganz allgemein zunehmend schärfer eingreift, wenn sie einen Eingriff für notwendig hält, ein Trend, der mit der Schlägerei in Schwabing einsetzte. Wenn diese Beobachtung stimmen sollte, müßte man als Demokrat und Staatsbürger dagegen angehen. Aus diesem Grunde habe ich seit der Münchener Aktion begonnen, Meldungen dieser Art zu sammeln.

Ich sage das, um deutlich zu machen, daß ich nicht nur den schrecklichen Anlaß sehe, der uns heute abend zusammengeführt hat.

Und ich glaube, wir haben allen Grund, darauf zu achten, daß unsere junge Demokratie Möglichkeiten zur Äußerung in angemessenen Formen und für jeden behält.

Das gilt nicht nur für so brutale Anlässe, wie ausgesprochene Schlägereien, sondern auch für die grundsätzliche Einstellung bei anderen Gelegenheiten. Ein Demonstrant ist deswegen noch kein Staatsfeind, weil er durch Rufe oder durch Plakate eine Meinung äußert, die der jeweiligen Regierung oder irgendeiner anderen Obrigkeit nicht paßt. Es ist sein gutes Recht und vielleicht sogar seine Pflicht, sich zu äußern, solange die Art dieser Äußerungen die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet. Es besteht daher keine Veranlassung, etwa den Träger ein Plakates, dessen Inhalt der Polizei nicht zulässig erscheint, mit tätlichen Beweisen des Unmuts zur Feststellung der Personalien ins Polizeirevier zu transportieren.

Es bestände dann nicht einmal Veranlassung dazu, wenn es sich wirklich um einen Staatsfeind handelte.

Wir leben im 20. Jahrhundert und sollten gelernt haben, daß Gewalt kein Argument ist, und daß nur der Richter bestrafen kann. Das gilt auch für die Prügeleien in den Gefängnissen.

Es ist nicht Aufgabe der Polizei, in den Kategorien "Feind oder Freund" zu denken. Auch in dieser Hinsicht möchte ich auf die Neutralität, die Gelassenheit und die mit dadurch entstandene Popularität des englischen Bobby hinweisen, der - wenn es wirklich nottut - auch hart zugreifen kann.

Um gerecht zu sein, müßte man aber auch Folgendes bedenken: Die Ordnungspolizei hat eine schwere, eine besonders schwere Aufgabe. Die Polizei wird dazu erzogen, Ordnung zu halten.

Wenn sie diese, ihr legal zustehende Aufgabe am falschen Ort, in unangemessener Weise und in falscher Richtung ausübt, so ist das nicht die Schuld des einzelnen Mannes oder größerer Einheiten, sondern wohl eher ein Ergebnis der Art, wie auf die Aufgabe vorbereitet wurde.

Diese vorhergehende Phase müßte von den in der Demokratie zuständigen Organen gemeinsam mit der Polizei überprüft werden.

Das ist umso notwendiger, als noch etwas anderes hinzukommt: In kritischen Situationen wird das in der Polizei selbstverständlich starke Element der Kameradschaft wirksam, verstärkt durch die begreifliche Erregung des Einzelnen und nochmals verstärkt durch das Moment der Angst, das ja auch einem Polizeibeamten nicht fremd sein kann. Es kommt hinzu, daß auch die disziplinierteste Polizeitruppe unter dem Gesetz der Massenpsychose steht - wenn vielleicht auch nicht in dem Maße, wie die Demonstranten -.

Wenn wir Lehren ziehen wollen, und das müssen wir angesichts dieses Vorfalles, so vielleicht diese:

Es genügt nicht etwa zu fordern, dieser oder jener Polizeibeamte müsse bestraft oder dieser oder jener Polizei-Offizier müsse abgesetzt werden. Wir müssen konkreter werden und unsere Forderungen auf die Voraussetzungen abstellen.

Wir sollten fordern, die Taktik des Verhaltens in kritischen Situationen zu lehren und zu üben, und die Angemessenheit der Mittel immer wieder bewußt zu machen. Der einzelne Beamte und der größere Verband müßten innerlich in die Lage versetzt werden durch Überlegenheit und Gelassenheit Meister der Situation zu bleiben und vielleicht auch durch elastisches Nachgeben bis zur Grenze des wirklich Zulässigen, Konfliktsituationen zu vermeiden.

Psychologische Schulung sollte lehren, daß Gewalttätigkeit zu Gewalttätigkeit reizt, und vielleicht könnte auch einige Unterweisung in der Massenpsychologie gute Dienste tun.

Ich sage das nicht nur im Hinblick auf die studentische Situation, sondern ebenso im Hinblick darauf, daß Demonstrationen anderen Inhaltes und ganz anderer Ausmaße als ein

legales Mittel der Demokratie möglich sind, die die Polizei vor noch größere und schwierigere Aufgaben stellen könnten.

Im Interesse unseres Staates und zur Förderung und ERhaltung der Demokratie, die wir für die allein mögliche Staatsform halten, sollten wir nicht nur auf die Polizei schimpfen, sondern ihr helfen und sie in die Lage versetzen, Aufgaben zu bestehen, von denen wir zugeben müssen, daß sie oft heikel und schwierig sind. Die Gerechtigkeit gebietet es auch, festzustellen, daß die Polizei in Nordrhein-Westfalen anlässlich des Schah-Besuches eine Aufgabe korrekt erfüllt hat, die ihr besser von der hohen Obrigkeit in diesem Ausmaß nicht gestellt worden wäre. Das gilt ~~besonders~~ betont auch von der Aachener Polizei.

Und nun ein Wort zur anderen Seite, zu den Demonstranten. In einer Demokratie hat jeder das Recht, mehr noch, ^{er} hat die Pflicht, mitzudenken und seine Meinung in angemessener Weise zu sagen, das heißt, sich politisch zu betätigen. Die Demokratie lebt von dieser politischen Aktivität. Das gilt selbstverständlich auch für die Jugend und ich meine, es sollte in besonderem Maße für die akademische Jugend gelten.

Die Frage ist das WO und WIE?

Diese politische Betätigung sollte auch in der Hochschule möglich sein und vielleicht sogar gerade in der Hochschule.

Wir haben sicherlich Recht daran getan, durch Bereitstellung von Hörsälen immer schon jede politische Diskussion zu ermöglichen, die erwarten ließ, daß die Polizei nicht in die Hochschule geholt wurde. Wir haben auch die Verteilung von Flugblättern zugelassen.

Über das WO dürften also kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Wichtiger ist die Art der politischen Betätigung. Und die mußte wohl ernsthaft diskutiert werden.

Sicherlich ist die Demonstration ein legales Mittel der Meinungsäußerung, auch durch einen Schweigemarsch wie heute vormittag, dem ich ja auch in seiner politischen Absicht voll zugestimmt habe.

Ich meine nur, daß man dieses politische Mittel nicht durch allzu häufige und falsche Anwendung seines Wertes berauben sollte.

Eine unkluge Handhabung kann sogar das Gegenteil bewirken und die öffentliche Meinung, die ja aufgerüttelt werden soll, massiv gegen die Demonstranten und damit gegen den beabsichtigten Zweck aufbringen.

Ich fürchte, daß die unklugen Aktionen kleiner studentischer Gruppen uns, d.h. die gesamte akademische Welt - diesem Zustand bereits sehr nahe gebracht haben.

Vor zwei Jahren noch hatte die Aktion der Studentenschaft am 1. Juli gegen den Bildungsnotstand einen Erfolg, dessen Ausmaß wir wohl alle nicht erwartet hatten. Vieles, was seit dieser Zeit Positives an den Hochschulen geschehen ist, kann sicherlich mit auf diese Aktion zurückgeführt werden.

Ich fürchte sehr, daß die zweite Aktion, die in ähnlichem Sinne in diesem Jahr - wiederum am 1. Juli - geplant ist, nicht mehr den gleichen Wiederhall in der Öffentlichkeit finden wird, und daß sie damit weitgehend wirkungslos bleiben könnte.

Wenn das eintreffen sollte, dann, weil die nach Zahl und Art überzogenen Aktionen in Berlin, die ja schon der Stadt wegen auch im Negativen besonders weithin wirksam werden und Aktionen in anderen Städten dieses politische Mittel stumpf gemacht haben.

Diese Gefahr ist besonders groß, wenn man die Demonstrationen zu einer Art Happening mißbraucht, womit gegen das künstlerische Happening nichts gesagt werden soll.

Politische Klugheit ist auch noch in anderer Weise angebracht.

Beispielsweise ist es mir völlig unverständlich, wie Studenten, also Menschen, die mindestens neun Jahre lang gelernt haben sollten, zu denken, die Absicht ernsthaft in Erwägung ziehen könnten, die Absperrkette zu durchbrechen, um dem amerikanischen Vizepräsidenten mit Rauchbomben oder auch nur mit Sahnetorte zu bewerfen.

Sie hätten nur daran zu denken brauchen, daß nach dem Kennedy-Mord jeder, der auch nur annähernd Ähnliches versucht hätte, von der amerikanischen Begleitmannschaft sofort erschossen worden wäre. Wenn nicht das Komplott vorher aufgedeckt worden wäre, hätten wir schon damals den oder die ersten Todesfälle beklagen müssen.

Ich habe mir sagen lassen, daß die Kommilitonen sehr erschrocken waren, als man ihnen diese Selbstverständlichkeit eröffnete.

Nicht die politische Gesinnung der jungen Kommilitonen, sondern ihre Unklugheit ist es, die man bedauern muß.

Das berührt ein grundsätzliches Problem der allgemeinen und der studentischen Demokratie.

In der Demokratie geschieht das, was durch die Mehrheit beschlossen wird und das gilt für alle Grade des hierarchischen Aufbaus. Das gilt für das Parlament der Gemeinden, für das Studentenparlament, für die Länderparlamente und für den Bundestag.

Die bei der Abstimmung Unterlegenen haben sich dem Mehrheitsbeschuß zu fügen - gleichgültig, ob es ihnen paßt oder nicht.

Das bedeutet jedoch nicht, daß der Mehrheitsbeschuß immer und unter allen Umständen richtig ist, wenngleich durch die ja auch gesetzlich vorgeschriebene Aussprache vor der Abstimmung in der Regel ein erstaunlich gutes und richtiges Ergebnis erzielt wird. Das Wort ~~Parla~~ Parlament stammt ja wohl von "Parlare"!

Ich bin sehr froh darüber, daß ich gestern abend im Studenten-Parlament der gar nicht einfachen Diskussion über den heutigen Demonstrationzug beiwohnen konnte, die ein schöner Beweis dafür war, daß durch Aussprache auch sehr gegensätzliche Meinungen einander angenähert werden können, und daß das Ergebnis nicht ein schlechter Kompromiß, sondern eine vollgültige, politisch wertvolle Aktion sein kann.

Trotzdem muß auch der Minderheit und auch der kleineren Gruppe das Recht zur Äußerung bleiben. Vieles Positive in der Welt verdanken wir dem Einzelnen und der zunächst kleinen Gruppe. Die Frage ist auch hier nicht das OB, sondern das WIE, wobei nicht nur die oben besprochene politische Klugheit wirksam werden sollte, sondern auch das Verhalten in der Gesellschaft.

Je mehr Menschen auf der Welt leben und je dichter sie gezwungen sind zusammenzuleben, je komplizierter dieses Zusammenleben wird, desto mehr sind wir darauf angewiesen, gewissen Regeln dieses Zusammenlebens einzuhalten.

Jedes massive Durchbrechen dieser Regeln stört das empfindliche Gefüge unserer Gesellschaft und wirkt sich letztenendes negativ für den Veranlasser aus.

Auch das gilt wieder in erhöhtem Maße für das Studententum, das wie die gesamte akademische Gemeinschaft immer noch in hohem Ansehen steht.

Man erwartet von dem Student nicht, duckmäuserisches Stillehalten und schongar nicht Interesselosigkeit und unbeteiligtes Danebenstehen. Im Gegenteil, die Öffentlichkeit erwartet und die Demokratie verlangt Stellungnahme und Aktivität.

Man setzt aber beim Studenten Klugheit voraus und Gesittung!

Lassen Sie mich Ihnen zum Schluß dafür danken, daß Sie heute vormittag den Schweigemarsch veranstaltet haben, daß so viele sich beteiligten, und daß er durch die würdige Gestaltung so

wirkungsvoll geworden ist.

Als Vertreter der Hochschulen nehmen morgen an der Beerdigung in Hannover der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Herr Professor Sieverts und sein Nachfolger und Vertreter, Magnifizienz Rüeg aus Frankfurt teil.